

**Für  
wirksamen  
Umweltschutz  
Vorschläge der DKP**



**Für wirksamen Umweltschutz  
Vorschläge der DKP**

**Für  
wirksamen  
Umweltschutz  
Vorschläge der DKP**



Herausgeber: Parteivorstand der  
Deutschen Kommunistischen Partei,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf  
Verantwortlich: Gerd Humbach  
Druck: Plambeck & Co  
Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss  
Überarbeitete Auflage, August 1980  
Schutzgebühr: 1,- DM



# Inhaltsverzeichnis

I. Unsere Umwelt wird zerstört .....	7
II. Der Erhalt des Friedens ist die wichtigste Umweltschutzaufgabe .....	10
III. Nicht „die Technik“ zerstört die Umwelt, sondern die Profitgier der Herren der Großindustrie .....	13
IV. Die Bundestagsparteien und auch die Partei „Die Grünen“ haben keine Alternativen ..	18
V. Jetzt und heute handeln – Forderungen der DKP .....	22
1. Wasser und Luft vor Verschmutzung bewahren .....	23
2. Kampf dem Lärm .....	25
3. Gegen das Bonner Atomprogramm ...	28
4. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ..	30
5. Mehr Umweltschutz im Wohn- und Freizeitbereich .....	31
VI. Wer soll das bezahlen? .....	33
VII. Umweltschutz-Bürgerinitiativen und Arbeiterbewegung .....	36
VIII. Der Sozialismus weist den Weg zur Lösung aller Umweltprobleme .....	39
IX. Gemeinsam handeln – gegen die Konzerne	42
Quellen und Hinweise .....	44

# Aus dem Programm der Deutschen Kommunistischen Partei

„Im Interesse des Schutzes der Gesundheit des werktätigen Volkes, der Verbesserung seiner Arbeits- und Lebensbedingungen erachtet die DKP den Ausbau des Umweltschutzes als eine vorrangige Aufgabe. Durch die Nutzung von Wissenschaft und Technik muß der Verschmutzung der natürlichen Umwelt, insbesondere der Luft und des Wassers, sowie der Lärmbelästigung maximal entgegengewirkt werden. Die Konzerne müssen durch strikte Anwendung des Verursacherprinzips dazu gezwungen werden, die Mittel für die Verhinderung und Beseitigung von Umweltschädigungen selbst aufzubringen. Im Interesse eines wirksamen Umweltschutzes ist es unerlässlich, eine demokratische Kontrolle durchzusetzen.“

Beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag der DKP, 20. bis 22. Oktober 1978.

---

In den letzten Jahren ist das Thema Umweltschutz immer stärker in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt. Dabei haben in der Bundesrepublik einige Fragen besondere Bedeutung bekommen:

- Wo sind die Ursachen für die Zerstörung unserer Umwelt?
- Sind die „Grenzen des Wachstums“ erreicht?
- Sind großindustrielle Produktion, Wissenschaft und Technik ein Fluch für die Menschheit?
- Führt Umweltschutz zu noch mehr Arbeitslosigkeit?
- Wie steht es mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie – ist sie vertretbar oder nicht?
- Welche Probleme müssen besonders dringend angegangen werden?
- Was kann und muß getan werden?

Auf diese und andere Fragen versucht die DKP mit ihren Vorschlägen für wirksamen Umweltschutz eine Antwort zu geben.



# I. Unsere Umwelt wird zerstört

Die breite und wachsende Umweltschutzbewegung in unserem Land zeigt, daß immer mehr Menschen nicht bereit sind, die hohen Schadstoffbelastungen in Luft und Wasser, den Lärm in der Umgebung und die Zerstörung der Natur hinzunehmen.

Die höchsten Schadstoffkonzentrationen und der größte Lärm werden in den Betrieben erreicht. Die größten Gefahren durch Umweltschadstoffe und Lärm bestehen deshalb häufig am Arbeitsplatz. Millionen von Werktätigen arbeiten heute noch unter gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen. Seit vielen Jahren kämpft besonders die Arbeiterbewegung um eine Verbesserung dieser Situation.

In den letzten Jahren hat auch der Kampf gegen gesundheitsschädigende Stoffe und gegen Lärm außerhalb der Betriebe einen großen Aufschwung erlebt.

In der Hälfte aller Städte mit mehr als 20000 Einwohnern gibt es Bürgerinitiativen, die sich gegen Umweltzerstörung zur Wehr setzen.<sup>1, 2</sup> Betroffene demonstrieren gegen Industriebetriebe, deren nicht ausreichend entgiftete Abluft und Abwässer die Umwelt vergiften und verseuchen.



Ludwigshafen und Rüsselsheim, Standort der BASF und der Opel-Werke, haben es dahin gebracht, daß dort jeder Dritte an Beschwerden der Atemwege leidet.

- In den Ruhrstädten sind Erkrankungen an Lungenkrebs sechsmal so häufig wie in den umliegenden Landkreisen.

Immer wieder kommt es durch das Einleiten großer Mengen giftiger Substanzen infolge nicht ausreichender Sicherheitseinrichtungen oder Umgehung vorhandener Sicherheitsvorschriften zu großen Fischsterben. So leitet z. B. der Hoechst-Konzern täglich über 800 Tonnen Chlorid in den Main; bei Wesel enthält der Rhein pro Jahr 3150 Tonnen Chrom, 1520 Tonnen Kupfer, 12300 Tonnen Zink, 120 Tonnen Cadmium, 70 Tonnen Quecksilber, 1900 Tonnen Blei und 350 Tonnen Arsen.<sup>3</sup>

Dazu kommen jährlich unter anderem 12 Millionen Tonnen Chloride, 5100000 Tonnen Sulfat, 53000 Tonnen Ammonium und 344000 Tonnen organischer Substanzen,<sup>4</sup> davon ca. 31000 Tonnen organische Chlorverbindungen mit teilweise großer Langzeitgiftigkeit und häufig krebserzeugender Wirkung. Etwa 240000 Tonnen der organischen Stoffe sind schwer abbaubar.<sup>5</sup> Sie stammen fast ausschließlich aus den Abwasserkanälen der Industrie.

Umweltschützer fordern Bestrafung, wo Konzerne aus Profitsucht gefährlichen Industiemüll ohne Genehmigung und Schutzmaßnahmen abkippen und dabei Leben und Gesundheit von Bürgern rücksichtslos großen Gefahren aussetzen.

Als die DKP den Giftskandal in Bochum aufdeckte, verhinderte sie eine Katastrophe. 15000 Fässer der Berggold-Chemie mit hochgiftigem Cyanid waren einfach auf einer Müllkippe abgeladen worden. Daß dies kein Einzelfall ist, beweisen Giftmüllfunde in Dortmund, Castrop-Rauxel, Gelsenkirchen, Krefeld und Düsseldorf-Mettmann und zuletzt in Hamburg. Über 100 Tonnen Sprengstoffe, chemischer Kampfstoffe und anderer giftiger Chemikalien, die bei der Firma Stoltzenberg im Auftrag von Bundeswehr und Polizei hergestellt und gelagert wurden, führten zum Tode eines kleinen Jungen und brachten halb Hamburg in Lebensgefahr.

Bürgerinitiativen sammeln oft erfolgreich Unterschriften gegen den Lärm und den Gestank von Verkehrsmitteln, die trotz vorhandener technischer Möglichkeiten noch immer nicht wesentlich leiser und ausreichend abgasgereinigt sind. Sie erheben Einspruch gegen bürgerfeindliche Planungen von Verkehrswegen und Industrieansiedlungen. Sie setzen sich ein für Naturschutz und Naherholungsgebiete. In wachsender Zahl wenden sich Bürger unseres Landes auch gegen Hochrüstung und Kriegsforschung, welche das Leben und die Gesundheit des Menschen umfassend bedrohen. Sie erkennen, daß die Hauptgefährdung unseres Lebens und der Umwelt von Hochrüstung und Krieg herrührt und treten deshalb für Abrüstung ein.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik erklärt Leben und Gesundheit der Menschen zum obersten Wert (Art. 1 und 2 GG). Das Eigentum soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen (Art. 14 GG). Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Großkonzerne setzen sich bedenkenlos über das Grundgesetz und über unser aller Interesse an Gesundheit und dem Schutz der Umwelt hinweg.



## II. Der Erhalt des Friedens ist die wichtigste Umweltschutzaufgabe

Nichts gefährdet Leben und Gesundheit der Menschen, ihren Lebensstandard, ihre Kultur und ihre Umwelt so sehr wie Kriegspolitik, Vernichtungswissenschaft und Kriegstechnik.

Zweimal in diesem Jahrhundert hat das Profitinteresse der Rüstungskonzerne, hat die Aggressivität des deutschen Imperialismus die ganze Welt in das Elend und die Vernichtung eines Krieges gestürzt. Allein im zweiten Weltkrieg starben 50 Millionen Menschen, viel mehr wurden verstümmelt oder verwundet. Chemische Kampfstoffe aus dem ersten Weltkrieg verseuchen noch heute große Landschaftsgebiete. An den Folgen der amerikanischen Atombomben auf Japan leiden und sterben noch immer viele tausend Menschen.

Aber auch im Frieden haben Rüstungs- und Kriegsforschung verheerende Folgen: Zehntausende von hochqualifizierten Wissenschaftlern und Arbeitern, riesige Mengen Material von höchster Qualität werden der Entwicklung unseres Landes entzogen. Die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik betragen für das Jahr 1980, nach Nato-Kriterien berechnet, fast 60 Milliarden DM. Über 400 000 Hektar Land werden unter großer Belästigung der Anwohner militärisch genutzt als Flugplätze, Schießstän-



de, Panzergelände, Truppenübungsgelände oder Kasernen, als Lagerstellen für Waffen. Die Bundeswehr ist gleichzeitig ein Energiegroßverbraucher: Ein einziges Phantom-Flugzeug verbraucht pro Stunde genauso wie ein Starfighter 10000 Liter hochwertigen Sprit. Mit einer solchen Menge kann ein Pkw 20 Jahre lang täglich 20 Kilometer fahren. Ein Panzer „Leopard“ benötigt pro Fahrtstunde 600 Liter Dieseltreibstoff! In einem einzigen Manöver werden Millionen Liter Treibstoff sinnlos vergeudet.

Zu dieser Verschwendung jedoch kommt die tagtägliche Gefahr: Manöverunfälle, Flugzeugabstürze, so z. B. allein 200 beim Typ „Starfighter“, Unfälle, bei denen chemische Kampfstoffe entweichen, Unfälle im militärisch-atomaren Bereich. In unserem Lande werden 7000 (siebentausend!) atomare Sprengköpfe gelagert! Schon heute bedeutet die Politik der angeblichen „atomaren Abschreckung“ für uns alle akute Lebensgefahr.

Außerdem sind Umwelt und Bevölkerung der Bundesrepublik an der Grenze zweier Militärblöcke in besonderem Maße von militärischer Zerstörung bedroht: Als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld möglicher Kriege gegen die sozialistischen Länder hat die Nato-Strategie im Gebiet der Bundesrepublik Vernichtungswaffen aller Art konzentriert: Hier liegen die größten europäischen Atombombendepots der USA und die zu ihrem Einsatz bestimmten Trägersysteme einschließlich der Raketen- und Kampfflugzeuggeschwader der Bundesluftwaffe. Hier sind auch die USA-Lager mit chemischen Vernichtungsmitteln.

Hier sollen, mit Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien, neue amerikanische Atomraketen stationiert werden. Raketen des ersten Schlages, die atomare Gegenschläge provozieren.

### **Die DKP fordert:**

- Auf dem Boden der Bundesrepublik dürfen keine amerikanischen Mittelstreckenraketen stationiert werden.
- Abzug aller Atomwaffen vom Territorium unseres Landes.
- Stopp jeder weiteren Produktion und Lagerung von Massenvernichtungswaffen; die Stationierung der

Neutronenbombe in der Bundesrepublik und ihre Beschaffung für die Nato muß verhindert, die Herstellung und Erforschung von atomaren, biologischen und chemischen (A-, B- und C-)Waffen muß unterbunden werden. Auch diese Massenvernichtungswaffen müssen vom Territorium der Bundesrepublik entfernt werden.

Darüber hinaus tritt die DKP für folgende Schritte ein:

- Konstruktive Mitarbeit der Bundesrepublik bei internationalen Abrüstungsverhandlungen.
- Kürzung des Rüstungshaushalts der Bundesrepublik zunächst um 10 Prozent.
- Das Geschäft mit dem Tode muß unterbunden werden. Alle Rüstungsbetriebe sind deshalb unverzüglich zu verstaatlichen und unter demokratische Kontrolle zu stellen. Mit der Durchsetzung von Abrüstungsmaßnahmen sind Schritte zu ihrer Umstellung auf Friedensproduktion einzuleiten.



### **III. Nicht „die Technik“ zerstört die Umwelt, sondern die Profitgier der Herren der Großindustrie**

Der Rhein – er wird hier stellvertretend für die meisten Flüsse in der Bundesrepublik erwähnt – enthält heute etwa 10 000 verschiedene Schadstoffe, von denen nur ca. 2000 (!) bisher untersucht wurden. Er ist nicht nur der größte Abwasserkanal Europas, sondern auch der Trinkwasserversorger für ca. 18 Millionen Menschen. Er ist derart verschmutzt, so die „Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet“ (IAWR), daß unter ungünstigen Bedingungen bei Niedrigwasser ein Zusammenbruch der Trinkwassergewinnung eintreten kann, wenn nicht schnell und gründlich die dringend notwendigen Reinhaltemaßnahmen ergriffen werden. Für organische Stoffe, Salze und Chemikalien ist die kritische Schwelle erreicht oder überschritten.<sup>6</sup> Verantwortlich hierfür ist zum größten Teil die chemische Industrie.<sup>7</sup>

Einer der großen bundesdeutschen Rheinverschmutzer ist zum Beispiel die Zellstoff-Fabrik Mannheim. Sie verunreinigt den Rhein genauso stark wie 600 000 Personen. 26 Konzernbetriebe verschmutzen den Rhein um die Hälfte mehr als 45 Städte mit ihren Gemeinschaftskläranlagen und den ortsansässigen (auch chemischen) Kleinbetrieben.



Die Luftverschmutzung der Bundesrepublik stammt zum überwiegenden Teil aus den Schloten der großen Industriebetriebe und Kraftwerke. 1975 wurden in der Bundesrepublik ca. 2,9 Millionen Tonnen Schwefeldioxid in die Atemluft abgegeben. Weniger als 20 Prozent davon stammen von Kraftfahrzeugen und aus den Kaminen privater Haushalte. Stickoxide stammen zu 62,3 Prozent und Staub zu 58,2 Prozent von industriellen Kraftwerken.<sup>8</sup>

Auch der größte Teil der Abfälle wird in der Industrie „produziert“. In den Haushalten fielen 1975 18,6 Millionen Tonnen Haus- und Sperrmüll an, in der Industrie dagegen 114,5 Millionen Tonnen. Während der größte Teil der anfallenden Abfälle relativ problemlos zu beseitigen ist, sind für den sogenannten Sondermüll – es handelt sich hier um Produktionsrückstände aus der chemischen Industrie, um radioaktive Abfälle sowie Krankenhausabfälle – besondere Sicherheitsvorkehrungen bei der Beseitigung notwendig. Für einen „erheblichen Teil der Sonderabfälle“ stehen aber, trotz des schon 1971 beschlossenen Umweltprogramms der SPD/FDP-Bundesregierung, „qualifizierte Beseitigungsanlagen noch nicht zur Verfügung“<sup>9</sup>

Ein Beispiel für die verantwortungslose Art, Giftmüll zu beseitigen: In Hessen hat der Merck-Konzern 10000 Tonnen hochgiftige HCH-Chemieabfälle vor die Tore seines Werksgeländes gekippt und einen Parkplatz darauf angelegt.

Für die Entsorgung der in der Bundesrepublik arbeitenden Kernkraftwerke wurden völlig unzureichende Vorkehrungen getroffen. So wurden in unserem Land mehr als 20 Milliarden DM für die Entwicklung von Kernkraftwerken ausgegeben, aber mit der weniger profitablen Entsorgung beschäftigen sich die Energiekonzerne erst etwas intensiver, seit die Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente überzulaufen drohen. Trotz der völlig ungesicherten Entsorgung aber sollen in nächster Zeit weitere Kernkraftwerke gebaut und in Betrieb genommen werden.

Überall dort, wo das Einwirken der Menschen auf ihre natürliche Umwelt vom Streben nach Profiten angetrieben wird, wo die Naturaneignung nicht planmäßig und kontrolliert zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern als Raubbau zur schnellstmöglichen Verwertung im Interesse großer Konzerne geschieht, kommt es zu schweren Umweltschäden, zu gewaltigen Störungen des

ökologischen Gleichgewichtes. So ist es auch in der BRD nicht irgendwer, sondern es sind die Großbetriebe, die massenhaft Schadstoffe in die Luft und in die Gewässer leiten, wenn die erforderlichen Umweltschutzvorkehrungen zu Lasten ihrer Gewinne gehen.

Es gibt in der Umweltschutzbewegung nicht wenige, die diese Besitz- und Machtverhältnisse außer acht lassen und die Technik „an sich“ für die zunehmende Umweltzerstörung verantwortlich machen.

Zweifellos hat der Stoffwechselprozeß Mensch–Natur enorme Ausmaße angenommen. Das Einwirken der Menschen auf ihre Umwelt ist rapide vorangeschritten. Durch die rasche Entwicklung von Wissenschaft und Technik werden den Menschen immer neue Möglichkeiten erschlossen, sich die Natur nutzbar zu machen.

Der technische Fortschritt bringt in der Tat neue Fragen und Probleme für die Menschheit mit sich, vor allem die Frage: Wird er im Interesse der Menschen angewandt oder zur Erhöhung der Profite des Großkapitals mißbraucht?

Eine sinn- und planvolle Nutzbarmachung der Natur, die Anwendung von Wissenschaft und Technik zum Wohle der Menschen trägt entscheidend dazu bei, die Bedürfnisse der Gesellschaft immer besser zu befriedigen, bestehende und neue soziale und auch ökologische Probleme zu lösen. Erinnerung sei nur daran, daß es der heutige Stand der Entwicklung von Wissenschaft und Technik erlaubt, bislang unfruchtbare Gebiete zu erschließen, dort Pflanzenbau zu betreiben und Nahrungsmittel zu gewinnen; daß Dürrekatastrophen durch die Errichtung von Staudämmen, die auch der Energiegewinnung dienen können, entgegengewirkt werden kann. Dies sind Errungenschaften, die sich aus der sinnvollen Anwendung von Wissenschaft und Technik ergeben – alles dies trägt nicht zur Verschlechterung, sondern zur Verbesserung des ökologischen Gleichgewichtes bei.

Und was den Umweltschutz direkt betrifft, so sei nur auf die großen technischen Möglichkeiten verwiesen, Schadstoffe einzudämmen, Gewässer zu reinigen und Lärm zu mindern. Mehr noch: Gerade durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in den letzten Jahren ist es heute möglich, nahezu abfallfreie Industrieanlagen zu be-



treiben und Abfallprodukte in großem Umfang wieder aufzuarbeiten. Diese gewaltigen Möglichkeiten und Errungenschaften zu verkennen – oder den technischen Fortschritt gar als die Ursache der zunehmenden Umweltzerstörung hinzustellen – wäre schlicht Maschinenstürmerei.

Die Kernfrage, ob das Einwirken der Menschen auf die Natur zu ihrem Wohle geschieht oder nicht, ob die Natur sinnvoll nutzbar gemacht oder zerstört wird, ob Wissenschaft und Technik im Interesse der Menschen angewendet oder zum Raubbau der natürlichen Umwelt mißbraucht werden, ist die Frage: Unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen findet dieser Stoffwechselprozeß statt? Wer bestimmt über die Anwendung von Wissenschaft und Technik?

In der kapitalistischen Gesellschaft wird die Beziehung Mensch–Natur von den Profitinteressen des Großkapitals geprägt, wird diese Beziehung gegen die Menschen und gegen die Natur entwickelt. Unter der Herrschaft der Konzerne bringt der technische Fortschritt für die arbeitenden Menschen Arbeitslosigkeit, zunehmende Umweltzerstörung und andere soziale Probleme mit sich.

Es ist also nicht die Technik „an sich“ Ursache für die zunehmende Umweltzerstörung und auch andere soziale Probleme, sondern die kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse, unter denen sich die wissenschaftlich-technische Entwicklung vollzieht. Sie verwandeln die moderne Technik vom Segen in einen Fluch für die Arbeiterklasse und alle anderen werktätigen Schichten.

Die Versuche bürgerlicher Ideologen, von Vertretern der Bundestagsparteien und auch der Partei „Die Grünen“, die technische Entwicklung, unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, als Ursache aller sich zuspitzenden sozialen Probleme hinzustellen, nehmen zu. Sie sind, gewollt oder nicht, ein Beitrag dazu, die Arbeiterschaft und andere demokratische Kräfte vom notwendigen Kampf gegen das Großkapital, vom Kampf um gesellschaftliche Veränderungen, abzulenken.

Ein Beispiel dieser Ablenkung ist das Argument, das die Größe von Industrieanlagen als Ursache aller Probleme, die in unserem Land mit der industriellen Verschmutzung verbunden sind, ausgeben will, und deshalb die Forderungen nach „mittlerer Technologie“ und „dezentraler Pro-

duktion“ formuliert. Es sind gerade bei kleinen und dezentralen Produktionsanlagen (zum Beispiel auch bei der privaten Zentralheizung) im Verhältnis zu Großbetrieben (bzw. auch Fernheizungen) die Schadstoffbeseitigungen erheblich teurer und technisch unverhältnismäßig aufwendiger. Auch lohnt sich häufig eine Rohstoffrückgewinnung aus Abfällen (Recycling) nur bei Großbetrieben (zum Beispiel Silberrückgewinnung in großen Fotolabors). Nicht von kleineren Produktionsformen, sondern von ihrer nichtkapitalistischen Organisation ist die Lösung der Probleme zu erwarten.

Ebenso ist das „Argument“ zu werten, wonach „das wirtschaftliche Wachstum an sich gestoppt werden muß“ oder „das Konsumverhalten der Bevölkerung eine Ursache für die Umweltzerstörung ist“. Es trifft zwar zu, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Waren produziert werden, die objektiv überflüssig sind. Es werden Bedürfnisse geweckt, die objektiv nicht vorhanden sind. Auch hier ist die Erzielung hoher Gewinne das Motiv.

Es gibt aber viele reale Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung, die noch lange nicht befriedigt sind. So braucht die BRD noch viele menschenwürdige Wohnungen, noch viele Freizeit- und Sozialeinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser. Alles das muß produziert werden. Hier kann es nicht Wachstumsbegrenzung oder Konsumverzicht geben – im Gegenteil: Hier müssen noch gewaltige Anstrengungen unternommen werden, um diesen gesellschaftlichen Bedarf zu decken. Dabei wird auch der wissenschaftlich-technische Fortschritt helfen, der auch die Voraussetzung dafür geschaffen hat, daß in den vergangenen 100 Jahren die durchschnittliche Lebenserwartung von 35 auf heute etwa 70 Jahre verdoppelt werden konnte.

Es ist nicht im Interesse der arbeitenden Menschen, Konsumverzicht zu leisten. Aufgrund der sozialen Unsicherheit in der BRD, der inflationären Preisentwicklung sind viele Arbeiterfamilien gezwungen, Dinge des täglichen Bedarfs eingeschränkt zu verbrauchen. Der Ruf nach „Konsumverzicht“, der sowohl von den Maßhalteaposteln der herrschenden Parteien als auch von „Grünen“ ertönt, muß unter diesen Bedingungen für die arbeitenden Menschen wie Hohn und Spott klingen.

Auch wirtschaftliches Wachstum und Konsum werden durch die Kernfrage bestimmt: Wie sind die Besitzverhältnisse, wer bestimmt von daher was, wieviel und für wen produziert und wie es verteilt wird.



## **IV. Die Bundestagsparteien und auch die Partei „Die Grünen“ haben keine Alternativen**

Bis Ende der sechziger Jahre gab es in der Bundesrepublik bis auf wenige Ausnahmen keine Umweltschutzgesetze und kaum Verordnungen, die Verschmutzung von Wasser und Luft sowie Lärmemissionen einschränkten. Unter der damaligen CDU/CSU-Regierung, die stets den Gewinn der Großkonzerne über die Interessen der Allgemeinheit gestellt hat, wurden durch großkapitalistische Profitjagd Umwelt und Lebensbedingungen in der BRD bedroht und zerstört, fast unbehelligt von staatlichen Auflagen.

Die erste SPD/FDP-Bundesregierung trat 1969 mit dem Versprechen an, alle wesentlichen Umweltprobleme zu lösen. Ein Versprechen, das auch von den folgenden Regierungen erneuert wurde. In den letzten Jahren wurde zwar eine große Zahl von neuen Umweltgesetzen und Vorschriften verabschiedet. Geändert hat sich an der Umweltmisere aber kaum etwas. In dem 1979 vom „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen der Bundesregierung“ veröffentlichten Gutachten kann man nachlesen, daß seit 1970 erheblich weniger für den Umweltschutz ausgegeben wurde als notwendig gewesen wäre. Nur in Teilbereichen trat eine leichte Verbesserung der Situation ein, „in anderen Bereichen dagegen“, so der Bericht, „wird eine notwendige Trendumkehr nur durch vermehrte

Anstrengungen möglich sein". Wasser und Luft sind heute oft mehr verschmutzt als Anfang der siebziger Jahre, die Lärmbelästigung hat erheblich zugenommen, und vom Umweltschutz am Arbeitsplatz zu sprechen, wäre glatter Hohn. Die BRD steht bezüglich der Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten mit an der Weltpitze.

Die technischen Probleme der Reinhaltung von Wasser und Luft, so die Sachverständigen, sind weitgehend gelöst. Nur wird Wissenschaft und Technik zum Schutze von Menschen, Tieren und Pflanzen völlig unzureichend angewendet. Die Sachverständigen sprechen von einem „erheblichen Vollzugsdefizit der Umweltschutzgesetze“. Viele Gesetze und Vorschriften sind nicht mehr wert als das Papier, auf dem sie geschrieben wurden. Denn auch unter der SPD/FDP-Koalition haben nicht die arbeitenden Menschen, sondern die großen Konzerne, die Hauptvergifter der Umwelt und ihre Unternehmerverbände, den entscheidenden Einfluß auf die Ausarbeitung und letztendlich auch die Verabschiedung von Gesetzen und Vorschriften. So wurde 1974 nach einer Intervention des „Verbandes der chemischen Industrie e.V.“ (VCI) die „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ (TA-Luft) erheblich gegenüber dem ursprünglichen Entwurf verschlechtert.

Sie schreibt in ihrer heute gültigen Form u. a. vor, daß Maßnahmen zur Begrenzung von Abgas- und Staubauswurf nur dann ergriffen werden müssen, wenn die Filteranlagen bereits „mit Erfolg im Betrieb erprobt worden sind“. Zur Erprobung aber kann kein Umweltvergifter gezwungen werden. In einer Neuausgabe der TA-Luft, die 1979 vom Bundeskabinett vorgelegt wurde, ist für einige Schadstoffe sogar eine Erhöhung der erlaubten Abgaskonzentration um bis zu 100 Prozent enthalten. Das von der SPD/FDP-Koalition verabschiedete Bundesimmissionschutzgesetz verbietet ausdrücklich behördliche Auflagen für bestehende Industriebetriebe, wenn sie „für den Betrieb und für Anlagen der von ihm betriebenen Art wirtschaftlich nicht vertretbar sind“. Gesundheitsschädigung ist also erlaubt, wenn die Abhilfe für die Konzerne zu teuer ist.

Selbst die Einhaltung der völlig unzureichenden Umweltschutzbestimmungen durch die Konzerne kann in der Praxis kaum kontrolliert werden. Ein Aufsichtsbeamter des Gewerbeaufsichtsamtes muß noch immer 600 bis



1000 Betriebe überwachen. Wird ein Umweltvergifter doch einmal erwischt, so werden höchstens kleine Geldbußen verhängt, da Strafbestimmungen oft fehlen. Die Durchschnittshöhe von Bußgeldern, die Gewerbeaufsichtsämter von Umweltvergiftern kassieren, betrug in den letzten Jahren, so das Umweltgutachten 1978, ganze 537 DM. Ein Betrag, der ohne weiteres aus der Portokasse bezahlt werden kann.

Für unumgängliche Investitionen im Umweltbereich gibt es für die Konzerne, die Milliarden Gewinne machen, von der SPD-geführten Regierung großzügige Steuervergünstigungen. Mehr als die Hälfte der Umweltinvestitionen wurde zudem in Form von Subventionen, von Geldgeschenken also, direkt aus Steuermitteln bezahlt, obwohl die Industrie auch nach Ansicht der Bundesregierung der mit Abstand größte Umweltverschmutzer ist und im Umweltprogramm der Regierung auf das Verursacherprinzip verwiesen wird. Kennzeichnend für die Umweltschutzkonzeption der SPD/FDP-Regierung ist, daß sie auf der einen Seite Steuervergünstigungen und Subventionen für die Konzerne, und auf der anderen Seite Massenbelastungen durch höhere Tarife für Wasser, Abwässer und Müllbeseitigung vorsieht.

Seit einiger Zeit erhebt die „Grüne Partei“ Anspruch darauf, eine Alternative in Sachen Umweltschutz zu bieten. Sicherlich gibt es unter den Anhängern der „Grünen“ und auch unter ihren aktiven Mitgliedern zahlreiche Menschen, die mit ihrer Aktivität und auch ihrer Stimmabgabe für die „Grünen“ ihre Unzufriedenheit mit den im Bundestag vertretenen Parteien zum Ausdruck bringen wollen, die sich aktiv für den Umweltschutz, für eine menschliche Gesellschaft engagieren wollen. Aber eine Alternative zu den im Bundestag vertretenen Parteien sind die „Grünen“ nicht. Eine Partei, die das Nullwachstum oder, wie sie neuerlich sagt, das gebremste Wachstum propagiert, in der führende Leute den Standpunkt vertreten, daß auf das Recht auf Arbeit, auf Mitbestimmung, auf höhere Löhne verzichtet werden soll, daß die arbeitende Bevölkerung Konsumverzicht üben solle; eine Partei, deren Führung aus einem Sammelsurium von ultrakonservativ bis pseudolinks besteht, die sich im Grunde nur einig ist in der Ablehnung des technischen Fortschritts und im Antikommunismus, kann nicht den Weg in die Zukunft weisen.

Wir Kommunisten dagegen sagen ganz klar: Eine gesunde Umwelt kann es nur geben, wenn die Macht der großen Konzerne eingeschränkt wird. Jedes Gesetz gegen die Umweltverschmutzung muß eindeutig gegen die wirklichen Verursacher der Gefährdung, gegen die Besitzer der Konzerne gerichtet sein. Sie und nicht die Allgemeinheit sollen für die Beseitigung der Schäden und für den Umweltschutz zahlen. Umweltschutz als Aufgabe der Allgemeinheit erfordert die breiteste demokratische Mitbestimmung der Öffentlichkeit, vor allem der Organisationen der Arbeiterklasse: ihrer Gewerkschaften. Diese Aufgabe verlangt die verantwortungsvolle Mitarbeit der Betroffenen, der Arbeiter und Angestellten, der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, der Ärzte und Professoren. Sie bedarf in jedem Großbetrieb, in jeder Stadt, in jedem Ballungszentrum der Kontrolle, der Initiative und Mitentscheidung der Betroffenen.



## V. Jetzt und heute handeln – Forderungen der DKP

(Siehe auch Vorschläge der DKP: „Für ein demokratisches und soziales Gesundheitswesen“)

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien hat die DKP Forderungen und Alternativen für einen wirksamen Schutz der Umwelt, weil sie sich in allen Fragen an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert, weil sie mit aller Klarheit die an der Umweltmisere Schuldigen nennt und auch in diesem Sinne handelt. Die DKP geht davon aus, daß nur durch die gemeinsame Aktivität aller Betroffenen die Zerstörung unserer Umwelt durch die Großkonzerne aufgehalten werden kann.

Ein wichtiger Faktor dabei sind demokratische Bürgerinitiativen. Die Kommunen selbst geben an, daß 75 Prozent ihrer Maßnahmen zum Erhalt der Umweltqualität auf die kritische Aktivität der Bürger zurückzuführen sind. Nur bei etwa 50 Prozent ihrer Maßnahmen sei die eigene Planung ein Mitgrund gewesen.<sup>10</sup>

Solche konkreten Erfolge haben eine Grundlage: In Bürgerinitiativen organisieren sich Menschen unterschiedlicher politischer Standpunkte: Männer und Frauen, Arbeiter und Angestellte, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Parteilose. Menschen der unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Standpunkte arbeiten zusammen, um eine sie gemeinsam betreffende Zerstörung und Belastung der Umwelt zu verhindern oder zu be-

enden. Kommunisten haben als Betroffene stets in Umweltschutz-Bürgerinitiativen mitgearbeitet. In vielen Fällen haben sie zur wissenschaftlichen Unterstützung von Bürgerinitiativen den DKP-Umweltschutz-Meßwagen gerufen.<sup>11</sup> Die Umweltbelastung wurde dann vor Ort mit Meßgeräten genau bestimmt. Auf dieser Grundlage gestellte Forderungen haben die Durchsetzungskraft von Bürgerinitiativen erheblich vergrößert.

Die DKP unterstützte die Betriebsangehörigen im Flick-Betrieb Dynamit Nobel in Troisdorf bei dem Nachweis, daß gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen in der PVC-Produktion und -verarbeitung zu ca. 250 Erkrankungen und acht Todesfällen geführt haben und beim erfolgreichen Kampf um eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Der DKP angehörige Naturwissenschaftler sorgten gemeinsam mit Betriebsräten dafür, daß heute erheblich geringere Mengen des VC-Giftgases als früher in PVC-Produkten enthalten ist, was besonders bei PVC-Verpackungsmaterialien für Lebensmittel große Bedeutung hat.

Allein im Jahr 1977 konnte die DKP-Umweltschutzkommission verschiedenen Bürgerinitiativen bei der Durchsetzung von Schallschutzmaßnahmen im Werte von 20 Millionen DM helfen. Für ca. 30000 Menschen wurde damit durch Doppelfenster, Schallschutzzäune, Überteerung von schlechten Straßenbelägen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und ähnlichem eine erhebliche Verbesserung ihrer konkreten Umweltbedingungen erreicht. In vielen anderen, zum Teil technisch recht komplizierten Fällen von Luft-, Wasser- oder bakteriologischen Verschmutzungen hat die DKP Bürgern mit dem Fachwissen ihrer Umweltschutzkommissionen bei den Auseinandersetzungen mit Konzernen, Stadtverwaltungen oder Bundestagsparteien geholfen. Durch gemeinsames Handeln der Betroffenen wurden Fortschritte erzielt. Diese Beispiele zeigen: Erfolge im Ringen um den Schutz unserer Umwelt sind möglich. Und die DKP trägt ihren Kräften entsprechend zu diesen Erfolgen bei.

## **1. Wasser und Luft vor Verschmutzung bewahren**

Selbst die Sachverständigen der Bundesregierung mußten in ihrem Umweltgutachten 1978 eingestehen: „Das



insgesamt erreichte Belastungsniveau bewirkt immer noch eine zu hohe Beeinträchtigung... insbesondere der Trinkwasserversorgung."

Das Bundesgesundheitsamt konnte 1976 und 1977 in allen untersuchten Trinkwasserproben aus hundert Städten krebserzeugende Chlorkohlenwasserstoffe nachweisen. Die höchsten Konzentrationen zum Beispiel an Chloroform wurden im Frankfurter Süden gemessen.

Die Technik der Trinkwasseraufbereitung ist an ihre Grenzen gestoßen. Giftfreies Trinkwasser wie auch saubere Flüsse sind nur dann zu erreichen, wenn die Großindustrie in viel stärkerem Umfang als bisher zur Verringerung der Wasserverschmutzung gezwungen wird.

Auch die Luftverschmutzung hat in den industriellen Ballungszentren der Bundesrepublik ein Ausmaß erreicht, das zu erheblichen Gesundheitsschäden führt: In Essen sind 20 Prozent aller Krebssterbefälle auf Erkrankungen der Atemorgane zurückzuführen. Das sind doppelt soviel wie in den abgasarmen Gegenden.

Zahlreiche gefährliche Unfälle in großen Chemiebetrieben gefährden Leben und Gesundheit von Millionen Menschen unseres Landes. Obwohl gerade bei großindustriellen Anlagen vom wissenschaftlich-technischen Standpunkt die günstigsten Voraussetzungen bestehen, schädigende Einflüsse und Gefahren für die Umwelt auszuschalten, werden diese u. a. wegen fehlenden gesetzlichen Zwanges nicht vorgenommen.

Die DKP fordert:

- Durch die Nutzung von Wissenschaft und Technik muß der Verschmutzung von Luft und Wasser maximal entgegengewirkt werden.
- Zur Verhinderung von Wasserverunreinigungen sind große Industriebetriebe generell mit geschlossenen Wasserkreisläufen auszurüsten.
- Die grundwassergefährdende Ablagerung von Chemiemüll muß unterbunden werden. Bereits geschlossene Chemiemülldeponien müssen unter Hinzuziehung von Bürgerinitiativen untersucht und so gesichert werden, daß keine Gefährdung für Menschen und Umwelt mehr auftreten kann.

- Für die Sauberkeit von Luft und Wasser sowie für den Temperaturhaushalt der Flüsse, der vom Kühlwasser der Atom- und Großkraftwerke bedroht ist, sind exakte, von den Lebensbedingungen der Pflanzen- und Tierwelt, der Selbstreinigungskraft und vom Gesundheitsinteresse der Bevölkerung bestimmte Werte gesetzlich festzulegen.
- Ihre Einhaltung ist durch automatische Registriergeräte bei industriellen Abgas- und Abwasseranlagen zu überwachen. Gefährliche Schadstoffkonzentrationen insbesondere bei Störfällen sind der betroffenen Bevölkerung umgehend mitzuteilen. Katastrophenpläne und Sicherheitsstudien sind zu veröffentlichen.
- Die vorgegebenen Sauberkeits- und Temperaturwerte sind durch Einbau von Reinigungsanlagen und Filtergeräten, Kühl- und Kläranlagen zu garantieren.
- Die Kosten tragen die Unternehmer. Ausnahmege-nehmigungen sind gesetzlich zu verhindern.
- Bevor neue chemische Verbindungen produziert werden dürfen, muß ihre Umweltverträglichkeit nachgewiesen werden. Diese Bestimmung ist auf alle derzeit produzierten chemischen Produkte anzuwenden. Umweltgefährdende Produkte sind soweit wie möglich durch umweltfreundliche Produkte zu ersetzen.
- Industrieabgase müssen grundsätzlich durch den Einbau moderner Filteranlagen gereinigt werden.
- Alle Kohle- und Ölkraftwerke müssen mit Abgasentschwefelungsanlagen mit einem Mindestwirkungsgrad von 90 Prozent ausgestattet werden.
- Vollständiges Verbot des Zusatzes von Bleiverbindungen in Treibstoffen sowie Einbau von Abgasentgiftungsanlagen in alle Kraftfahrzeuge ohne Preiserhöhungen.

## **2. Kampf dem Lärm**

Lärm ist das Umweltproblem, von dem nahezu die Hälfte aller Bürger direkt betroffen ist. Der Anteil dieser Betroffenen steigt in den stark befahrenen Straßen und in der



Nähe von zivilen oder militärischen Flughäfen teilweise bis zu 90 Prozent an. Die Folgen dieser Umweltbelastung sind Schäden im Nervensystem, Herz- oder Kreislaufkrankungen und andere Organschäden.

Nach berufsgenossenschaftlicher Schätzung waren 1978 etwa 2,5 Millionen Beschäftigte einem gehörschädigenden Schallpegel ausgesetzt.<sup>12</sup> Die Folge des Fehlens von technisch möglichem Schallschutz: In der Bundesrepublik verdoppelt sich etwa alle zwei Jahre die Anzahl der schwerhörigen Menschen; Lärmschwerhörigkeit ist seit 1974 die häufigste Berufskrankheit! Gesetzlich verordnet sind über die Eignungsuntersuchungen hinaus auch regelmäßige Gehörüberwachungsuntersuchungen für von großem Lärm Betroffene. Doch 1975 war erst ungefähr die Hälfte des gesetzlich vorgeschriebenen Personenkreises mit Gehörkurzüberprüfungen auf Lärmschwerhörigkeit untersucht.<sup>13</sup>

Die Anzahl sowie die personelle und apparative Ausstattung der Gehöruntersuchungsstellen ist völlig unzureichend!

Im Fluglärmbereich sind Betroffene am wenigsten geschützt. Die für Musterzulassungen von Flugzeugen gültigen Grenzwerte sind viel zu hoch. Auf Flughäfen ist selbst höchster Lärm zulässig, weil es keinerlei Grenzwerte für Flughäfen gibt. Von dem Fluglärm in der Umgebung der elf internationalen und der fünf nationalen Verkehrsflughäfen, insbesondere aber der 115 (!) militärischen Flugplätze,<sup>14</sup> für die kaum schallgedämpften Kampfflugzeuge sind ungefähr 6,5 Millionen Menschen<sup>15</sup> direkt betroffen.<sup>16</sup>

Ähnlich unzureichend wie im Bereich des Fluglärms sind die staatlichen Maßnahmen im Bereich des Verkehrslärms. Hier wird weder durch den vermehrten Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel noch durch die Hebung ihrer Attraktivität der Individualverkehr zurückgedrängt.<sup>17</sup>

Das bisherige Lärmschutzrecht geht in seinen Hauptbereichen (Lärm in Betrieben, Verkehrslärm, Fluglärm) im wesentlichen davon aus, Menschen vor bestehendem Lärm zu schützen, nicht aber davon, das Entstehen von Lärm zu vermeiden. Dies wäre aber technisch möglich, erheblich billiger und sehr viel wirksamer. So haben z. B. Lärminderungsmaßnahmen am Auto ein zehnfach so günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis wie Lärmschutz

durch Schallschutzfenster.<sup>18</sup> Auch im Bereich der Autoindustrie also verhindern die Profitinteressen der Automobilkonzerne, daß Lärmschutzauflagen durchgesetzt werden können.

Die DKP fordert:

- Lärm muß, wo immer möglich, da bekämpft werden, wo er entsteht!
- Kein Dulden von gehörschädigenden Lärmpegeln durch das Anerkennen von Unternehmenszweigen als „Lärmbetriebe“!
- In Betrieben muß die Senkung der Lärmpegel erreicht werden,
  - a) indem schon bei der Inbetriebnahme neuer Anlagen sichergestellt wird, daß kein Beschäftigter gesundheitsschädlichen Schallpegeln ausgesetzt ist,
  - b) indem bei bestehenden Anlagen der Einbau schalldämmender Materialien oder die Kapselung besonders lauter Maschinen (Teile) durchgesetzt wird.
- Durch regelmäßige Gehöruntersuchungen – entsprechend der Lärmbelastung halbjährlich oder jährlich – sind Gehörschäden frühzeitig zu erkennen. Lärmbetroffene, bei denen ein Gehörschaden festgestellt wurde, sind innerhalb des Betriebes an einen Arbeitsplatz mit geringerer Lärmbelastung zu versetzen.
- Durch den Aufbau eines attraktiven und besonders billigen öffentlichen Nahverkehrs muß die Verkehrsdichte in unseren Städten gesenkt werden, um im Bereich der Lärm- als auch der Abgassituation erhebliche Verbesserungen herbeiführen zu können.
- Die Kenntnisse auf dem Gebiet der Schallminderung sind durch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten noch weiter zu vergrößern und vor allem in die Praxis umzusetzen.



### 3. Gegen das Bonner Atomprogramm

Im Programm der DKP heißt es:

„Die DKP ist dafür, alle Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu nutzen, um die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes zu verbessern. Deshalb ist sie auch grundsätzlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Sie wendet sich jedoch entschieden gegen ihren Mißbrauch für Zwecke großkapitalistischer Profitmacherei und imperialistischer Machtpolitik, gegen jeden Versuch, den Atomwaffensperrvertrag zu umgehen.“

Dieser Aussage kommt besondere Bedeutung zu, denn die reaktionärsten Kreise des Imperialismus in der Bundesrepublik, unter ihnen besonders Franz Josef Strauß, haben schon Mitte der fünfziger Jahre deutlich gemacht, daß sie zur Durchsetzung ihrer Ziele, der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen streben. Und es spricht nichts dafür, daß sie ihre Pläne heute aufgegeben haben. Von Anfang an hatte deshalb auch das Bonner Atomprogramm eine nicht zu übersehende militärische Komponente. Es sollte auch die Voraussetzung für die Produktion von Atombombensprengstoff schaffen.

In den letzten Jahren hat es in einigen kapitalistischen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, eine Reihe von schwerwiegenden Unfällen in Kernkraftwerken gegeben. Diese Unfälle lassen jedoch nicht den Schluß zu, daß die Kernenergie in ihrer friedlichen Nutzung nicht prinzipiell beherrschbar wäre. Alle Unfälle in Kernkraftwerken der Bundesrepublik, bei denen Radioaktivität freigesetzt wurde bzw. die Sicherheit der Bevölkerung und von Beschäftigten gefährdet wurde, waren nur deshalb möglich, weil Sicherheitsvorschriften mißachtet wurden oder weil aufgrund des übereilten Tempos bei der Entwicklung und beim Bau von Kernkraftwerken der an sich hohe Stand der Sicherheitstechnik nicht zum Tragen kam. Also darauf, daß auch die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik voll dem Prinzip unterliegt, alles dem Profitstreben unterzuordnen.

Dafür zwei Beispiele:

Der Unfall, der sich im **Kernkraftwerk Brunsbüttel** am 18. Juni 1978 ereignete, war auf das Brechen eines Rohr-

stutzens zurückzuführen, durch den radioaktiver Dampf austrat. Ein Störfall, für den die Sicherheitseinrichtungen des Kraftwerks ausgelegt sind und der normalerweise zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors führt. Der Schichtleiter aber setzte entgegen den Vorschriften die Sicherheitselektronik außer Kraft, um das Leck bei laufendem Reaktor trotz ausströmender Radioaktivität abzudichten. Der Schichtleiter tat das, wie sogar der „Stern“ (Nr. 47/1978) schrieb, „um seinem Unternehmen Verluste in Millionenhöhe zu ersparen. Denn bei jeder Schnellabschaltung wird besonders viel Radioaktivität freigesetzt, und die zugelassenen Jahreshöchstwerte waren im Juni schon fast erreicht. Eine weitere Schnellabschaltung galt es deshalb unter allen Umständen zu vermeiden – sogar um den Preis einer radioaktiven Verseuchung der Umgebung.“ Und genau dazu kam es auch: Innerhalb von drei Stunden traten etwa 145 Tonnen radioaktiver Dampf aus, die zum größten Teil direkt in die Umgebungsluft geleitet wurden. Erst durch einen simplen Kurzschluß wurde das Kernkraftwerk dann doch noch abgeschaltet.

Auch der Unfall im **Kernkraftwerk „Three Mile Island“ bei Harrisburg** im März 1979 ist darauf zurückzuführen, daß dem Besitzer des Kernkraftwerkes, der Gesellschaft Metropolitan Edison, der Profit wichtiger war als die Gesundheit von Beschäftigten und Anwohnern. Das geht selbst aus den Untersuchungen der amerikanischen Senatskommission hervor, die sich mit dem Unfall beschäftigte.<sup>19</sup>

Die DKP vertritt den Standpunkt, daß weitere Kernkraftwerke für die Energieversorgung der Bundesrepublik nicht notwendig sind. Sie tritt dafür ein, durch eine nationale und demokratische Energiepolitik eine sichere, umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung der Bundesrepublik zu gewährleisten. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die Verstaatlichung der gesamten Energiewirtschaft unter demokratischer Kontrolle. Die DKP fordert die maximale Erschließung und Nutzung unserer reichen nationalen Kohlevorkommen bei Anwendung moderner Verfahren mit möglichst geringer Umweltbelastung. Die Entwicklung neuer Technologien der Energieeinsparung und der umweltfreundlichen Energiegewinnung als alternative Möglichkeiten zu den derzeit genutzten Energiequellen muß besonders gefördert werden.



Die DKP macht ihre Zustimmung zum Bau von Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen zur Energieerzeugung abhängig von der Garantie der Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten, von der Gewährleistung eines ausreichenden Umweltschutzes, von der Durchsetzung einer wirksamen demokratischen Kontrolle sowie vom Nachweis, daß der notwendige Strombedarf nicht durch andere Energieträger gedeckt werden kann. Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, lehnt die DKP den Bau weiterer Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Anlagen zur Energieerzeugung in der Bundesrepublik ab. Für bereits in Betrieb befindliche Anlagen muß unter demokratischer Kontrolle die Sicherheit von Mensch und Umwelt wirksam gewährleistet werden. Der Betrieb von Anlagen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, ist einzustellen. Die DKP unterstützt tatkräftig den Kampf der demokratischen Bürgerinitiativen gegen das Bonner Atomprogramm.

#### **4. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz<sup>20</sup>**

Das Großkapital nutzt die bestehende Massenarbeitslosigkeit und die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes zu einer Verschärfung der Arbeitshetze und zu einem Abbau erkämpfter sozialer Errungenschaften. Arbeitshetze und Vernachlässigung von Maßnahmen des betrieblichen Gesundheits- und Unfallschutzes haben ihre verheerenden Folgen für die arbeitenden Menschen gezeigt: Das wird deutlich an den mehr als zwei Millionen Arbeitsunfällen jährlich, am hohen Stand der Frühinvalidität, an der wachsenden Zahl von Arbeitern und Angestellten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Um allen diesen Gesundheitsschäden entgegenzuwirken und sie längerfristig weitgehend verhindern zu können, hält die DKP u. a. die Erfüllung folgender Forderungen für notwendig:

- Die volle Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, der Betriebs- und Personalräte und ihrer Gewerkschaften bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, beim Unfallschutz und beim Gesundheitsschutz.
- Die Ausstattung der Gewerbeaufsichtsämter muß personell und apparativ erheblich verstärkt werden, damit sie in die Lage versetzt werden, die Einhaltung der Ar-

beitssicherheit, des Jugend- und Mutterschutzes sowie der Arbeitszeitverordnung durch verschärfte Kontrollen zu garantieren und bei Verstößen zu ahnden.

- Gefährliche Arbeitsstoffe dürfen nur dann verwendet werden, wenn eine ausreichende Sicherheit für Beschäftigte und Umgebung gewährleistet ist. Bei der Festlegung entsprechender Verordnungen ist den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

## **5. Mehr Umweltschutz im Wohn- und Freizeitbereich**

Die Umweltverhältnisse in der Wohnung, in der Wohnumgebung und in den Erholungsanlagen und Freizeiteinrichtungen verschlechtern sich durch Lärm, Abgase und Erschütterungen. Die Wege zwischen Wohnung und Arbeits- oder Ausbildungsstätte werden immer länger. Die Möglichkeiten, die gesundheitlichen Folgen der Arbeit, die Auswirkungen körperlicher Überanstrengung und dauernder nervlicher Anspannung in der Freizeit auszugleichen, um die Arbeitskraft wiederherzustellen, werden dadurch eingeschränkt. Die Sicherheit, insbesondere für Kinder und alte Menschen im Straßenverkehr, verringert sich ständig.

Die DKP fordert deshalb folgende Verbesserungen:

- Ausreichender Wohnraum zu sozial tragbaren Mieten in einer gesunden Wohnumwelt. Nutzung der wohnungsnahen unbebauten Flächen im Interesse der Wohnbevölkerung.
- Umfassender Schutz der Wohngebiete und Erholungsanlagen vor negativen Einflüssen des Verkehrs. Keine Abwälzung der Kosten von Umweltschutzmaßnahmen und Verkehrsberuhigung auf die Anwohner.
- Schaffung wohnungsnaher Grünanlagen und Freizeiteinrichtungen, wie Park- und Sportanlagen, Dauerkleingärten und ähnlichem ohne negative Umwelteinflüsse.
- Erschließung ausreichender und angemessener Naherholungsgebiete und ihre Sicherung vor Umweltbeein-



trächtigungen und Kommerzialisierung durch eine private Freizeitindustrie.

- Schaffung eines Wegenetzes zwischen Wohngebieten, Arbeitsstätten und Naherholungsgebieten unter Beachtung des Vorrangs des öffentlichen Personennahverkehrs und unter besonderer Berücksichtigung von Fußgängern und Radfahrern.
- Sicherung der Landschaft und der Ferienerholungsgebiete für die arbeitenden Menschen. Größere Landschaftsbereiche dürfen der allgemeinen Nutzung nicht durch Privatbesitz entzogen werden. Wälder dürfen nicht eingezäunt werden, sie müssen vielmehr zum Wandern erschlossen werden. Seeufer gehören nicht in den Privatbesitz von Millionären. Sie gehören der Allgemeinheit und sind durch Enteignung zugänglich zu machen. Eine Entschädigung ist so zu bemessen, daß Bodenspekulation ausgeschlossen wird.

## VI. Wer soll das bezahlen?

Die Realisierung der hier aufgestellten Forderungen wird erhebliche finanzielle Mittel verlangen.

Diese Mittel sind vorhanden. Es kommt darauf an, den in der Bundesrepublik gesellschaftlich produzierten Reichtum, der bisher noch privat angeeignet wird, umzuverteilen, um ihn im Interesse der Gesellschaft, für Umweltschutz und Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen nutzbar zu machen.

Allerdings kann es nicht darum gehen, nur aus Steuermitteln den Umweltschutz zu bezahlen. Im Gegenteil: Dem „Gemeinlastprinzip“ der Bundesregierung und der großen Bundestagsparteien halten wir Kommunisten die Forderung nach der Durchsetzung des Verursacherprinzips entgegen. Und der Hauptverursacher für Umweltverschmutzung ist die Großindustrie.

Entsprechend dem Verursacherprinzip hat also der Hauptverursacher auch die Hauptmittel dazu beizusteuern, die Umweltschäden bzw. ihre Ursachen zu beseitigen.

Wenn demgegenüber die Industrie immer wieder behaupten läßt, sie könne die Mittel für Umweltschutzmaßnah-



men nicht bezahlen, so ist dies unrichtig: So heißt es in einem vom BDI in Auftrag gegebenen Gutachten des Ifo-Instituts: Für drei Viertel der befragten Betriebe seien die umweltbedingten Kosten im Verhältnis zu anderen Anforderungen kaum spürbar. Selbst bei dem restlichen Viertel komme es überwiegend nicht zu Marktverlusten. Betriebe, die wegen Umweltauflagen hätten schließen müssen, seien längerfristig ohnehin nicht zu retten gewesen.<sup>21</sup> Außerdem sprechen folgende Fakten dafür, daß die Industrie durchaus zahlen kann:

- Die Kosten für Luftreinhaltungsmaßnahmen beliefen sich zwischen 1970 und 1974 auf nur 1,8 Prozent der industriellen Anlageinvestitionen. Dies entspricht einem Branchendurchschnitt von 0,5 Prozent des Umsatzes.
- Für Lärmschutzmaßnahmen investierte die Industrie im selben Zeitraum etwa 0,2 Prozent der gesamten Anlageinvestitionen (das sind 0,035 Prozent des Umsatzes im Branchendurchschnitt). Betriebskosten liegen bei etwa der Hälfte.
- Die Kosten der für eine langfristige Trinkwasserversorgung unerläßlichen Rheinsanierung belaufen sich auf deutscher Seite auf etwa 0,75 Prozent des Umsatzes der rheinanliegenden Industrie.

Der Politik der Kostenabwälzung auf die arbeitende Bevölkerung kann und muß entgegengetreten werden. Die DKP fordert:

- Bei allen Investitionsvorhaben werden die Großbetriebe, die durch die Art ihrer Produktion Umweltschäden verursachen können, durch Gesetz verpflichtet, ausreichende Maßnahmen zum Schutz der Menschen und der Umwelt einzuplanen und hierfür entsprechende Mittel einzusetzen.
- Bei Neuansiedlungen für Industrieunternehmen müssen diese, nicht die öffentliche Hand, für die Finanzierung notwendiger Umweltschutzmaßnahmen aufkommen.
- Die Finanzkraft der Gemeinden ist durch Erhöhung ihres Anteils am Steueraufkommen zu stärken, da wesentliche Aufgaben des Umweltschutzes den Städten und Gemeinden zufallen.

- Für übergreifende Aufgaben des vorbeugenden Umweltschutzes wird ein öffentlich-rechtlicher Fonds geschaffen, der aus folgenden Quellen gespeist werden soll:
- aus Abgaben der großen Kapitalgesellschaften und Industriestiftungen in Höhe von 10 Prozent der jährlichen Abschreibungen;
- aus Haushaltsmitteln des Bundes. Haushaltsmittel des Bundes können freierwerden durch Reduzierung der Rüstungsausgaben um zunächst 10 Prozent. Einstellung sämtlicher Devisenausgleichszahlungen für die Besatzungstruppen. Umgestaltung des Steuersystems. Höhere Besteuerung der großen Einkommen, der Milliardärsvermögen und Großdividendenbezüge. Abbau aller Steuerprivilegien und Subventionen für die großen kapitalistischen Unternehmen. Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland, die jährlich einen Verlust von vielen Milliarden DM für den Staatshaushalt bedeutet.
- Zur Gewährleistung einer demokratischen Kontrolle werden den Gewerkschaften Mitbestimmungsrechte bei der Verwaltung des Fonds und der Vergabe der Mittel garantiert.



## VII. Umweltschutz-Bürgerinitiativen und Arbeiterbewegung

Von besonderer Bedeutung bei den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Umweltschutzbewegung ist, daß die Arbeiterschaft und ihre Organisationen ihr Klasseninteresse an wirksamem Umweltschutz deutlich machen und daher kämpfen. Hohen Stellenwert dabei haben die Forderungen des DGB-Umweltprogramms und der DGB-Gewerkschaften zur Arbeitssicherheit, zum Chemikaliengesetz und zu anderen Bereichen des Arbeits- und Umweltschutzes.

**Tatsache ist**, daß unzureichender Umweltschutz, fehlende Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen Arbeiter und Angestellte in ihrer Existenz bedrohen. Zigtausende arbeitender Menschen können ihren Beruf nicht mehr ausüben und haben ihren Arbeitsplatz verloren aufgrund von Berufskrankheiten, die durch Lärm, Schadstoffe oder Verletzungen am Arbeitsplatz entstanden sind.

**Tatsache ist**, daß Arbeitsplätze, in die, auch für Umweltschutz und Sicherheit, wenig investiert wurde, gerade bei verstärkten kapitalistischen Krisenerscheinungen zuerst wegrationalisiert werden. Ja, daß ganze Produktionsstätten, die den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung nicht entsprechen – und zu diesen Erfordernissen gehören eben auch die Umweltschutzvorkehrungen – abgebaut werden.

**Tatsache ist** weiterhin, daß gerade konkrete Umweltschutzmaßnahmen dazu beitragen können, neue Arbeitsplätze zu schaffen. So entstehen Produktionsanlagen, in denen Filteranlagen oder Lärmschutzisolierungen hergestellt werden. Es können Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden durch die ständig notwendige Wartung solcher Umweltschutzanlagen. Es können zusätzliche Arbeitsplätze in Bereichen der Wissenschaft geschaffen werden, die sich mit der Weiterentwicklung von Technologien für den Umweltschutz befassen.

Die Sicherheit und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen einerseits und wirksamer Umweltschutz andererseits sind also kein Widerspruch. Im Gegenteil: Wirksamer Umweltschutz kann dazu beitragen, Arbeitsplätze sicherer zu machen. Schon durch die zur Zeit noch völlig unzureichenden Umweltschutzmaßnahmen der Vergangenheit wurden in der Bundesrepublik nach Angaben der Bundesregierung fast 200 000 Arbeitsplätze gesichert. Nach einer vom Umweltbundesamt herausgegebenen Berechnung sichert Umweltschutz jährlich rund 370 000 Arbeitsplätze.<sup>22</sup>

In der Vergangenheit konnten viele konkrete Umweltschutzmaßnahmen durch den Kampf von Bürgerinitiativen durchgesetzt werden. Für diese Arbeit in Bürgerinitiativen und die erfolgreiche Tätigkeit solcher Initiativen war und ist ihre Überparteilichkeit eine wichtige Voraussetzung. Denn in ihnen wirken Menschen mit unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugung gemeinsam für die gleichen konkreten Interessen.

Deshalb mißt die DKP den demokratischen Bürgerinitiativen und ihrem Dachverband, dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), große Bedeutung bei. Die Entwicklung der breiten Bewegung für Umweltschutz ist eine Errungenschaft der fortschrittlichen Kräfte unseres Landes.

Deshalb arbeiten auch vielerorts Kommunisten aktiv in demokratischen Bürgerinitiativen für Umweltschutz mit. Kommunisten, die von der zunehmenden Umweltzerstörung in unserem Land genauso betroffen sind, wie jeder andere Bürger auch, machen ihre Mitarbeit nicht von Weltanschauung oder Konfession abhängig. Sie wirken konsequent für die gemeinsamen Forderungen und Ziele, in offener, gleichberechtigter und partnerschaftlicher Zusammenarbeit.



Und so wie die Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften Arbeitnehmer unterschiedlicher Weltanschauung in sich organisiert haben, achtet die DKP auch die Überparteilichkeit der demokratischen Bürgerinitiativen. Sie tritt gegen alle Versuche ein, die Umweltschutz-Bürgerinitiativen von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen zu isolieren. Denn die Arbeiterschaft in den Betrieben, ihre Organisationen sowie die demokratischen Bürgerinitiativen – sie alle haben den gleichen Gegner: das Großkapital. Und nur durch gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte kann eine wirksame Verbesserung der Umweltqualität und können sichere giffreie Arbeitsplätze durchgesetzt werden!

## VIII. Der Sozialismus weist den Weg zur Lösung aller Umweltprobleme

Wir Kommunisten stellen fest: Das in der Bundesrepublik herrschende kapitalistische System ist nicht in der Lage, die Natur harmonisch zu beeinflussen, das heißt, sie nicht nur zu beherrschen und auszubeuten, sondern sie auch zu pflegen, und zwar als Ganzes, mit Rücksicht auf alle Wechselwirkungen.

Aufgaben, die zeitlich wie räumlich weitreichende Planungen und Koordination erfordern, sind in einer privatwirtschaftlichen, Einzelinteressen ausgelieferten Ordnung nicht zu lösen. Deswegen sagen wir Kommunisten, daß das System der Profitwirtschaft das entscheidende Hindernis bei der Lösung aller Umweltfragen ist. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt wird erst dann, wenn er von der Fessel des Profits befreit ist, die Lösung auch der Probleme des Umweltschutzes im Interesse der arbeitenden Menschen ermöglichen. Erst der Sozialismus weist den Weg zur Lösung aller Umweltprobleme.

Es wird behauptet, daß es in den sozialistischen Ländern die gleichen Probleme der Umweltgefährdung gebe wie bei uns. Es sind aber nicht die gleichen Probleme. Ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zu ihrer Bewältigung ist bereits ausgeräumt: das Privateigentum von Konzernbossen an Fabriken, an Grund und Boden. In den soziali-



stischen Ländern kann niemand seine Profitinteressen über die Interessen der Allgemeinheit stellen. Selbstverständlich haben auch sozialistische Länder Probleme des Umweltschutzes, die bei weitem noch nicht gelöst sind. Aber der Überwindung stehen keine Privatinteressen entgegen, und das sozialistische System behindert die Lösung der Probleme nicht, sondern erleichtert sie.

In der UdSSR und in der DDR steht die Verpflichtung zum Schutz der Umwelt ausdrücklich in der Verfassung. In Gesetzen und in großen Wirtschaftsplänen müssen die Bestimmungen zum Arbeits- und Umweltschutz berücksichtigt werden.

Während allerdings bei uns selbst die wenigen und unzureichenden gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften bloßes Papier bleiben, gibt es in den sozialistischen Ländern zahlreiche Beispiele für die Verwirklichung der dort geltenden Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen.

So wird in den sozialistischen Ländern der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Betrieb vor allem auch zur Verringerung der Arbeitsunfälle eingesetzt. In der DDR etwa gibt es heute, bezogen auf die gleiche Zahl von Beschäftigten, weniger als halb soviel Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten als bei uns in der BRD.

In der DDR werden öfter als einmal im Jahr alle möglicherweise gesundheitsschädigenden Umwelteinwirkungen auf die Beschäftigten wie Temperatur, Luftfeuchte, Erschütterung von belasteten Körperteilen, Lärmstärke und -frequenzzusammensetzung, chemische Belastungen nach Stoffen und Konzentrationen und vieles andere mehr festgestellt und den Werktätigen zur Kenntnis gebracht. Dies ermöglicht eine bestmögliche Schadensverhütung und eine ausgezeichnete ärztliche Versorgung.

Bereits heute gelten in der UdSSR Grenzwerte für Luftverunreinigungen, die eine gesundheitliche Beeinträchtigung der werktätigen Bevölkerung nahezu ausschließen. Sie liegen oft um Größenordnungen unter den in unserem Land gültigen Höchstwerten. (Zum Beispiel bei Benzol 6,5mal, bei Phenol 20mal, bei Schwefeldioxid 5mal niedriger als in der BRD). Moskau ist heute die sauberste Großstadt der Welt.

Der Baikalsee, der tiefste See der Erde, dem in den fünfziger Jahren wegen der an Ufern und Zuflüssen ange-

siedelten Holz- und Papierfabriken in der westlichen Welt ein düsteres Ende durch Verschmutzung vorausgesagt wurde, ist heute zum international anerkannten Modell für Umweltschutz geworden. Das war nur möglich, weil umgerechnet Hunderte von Millionen DM für die Wasserreinhaltung und den Bau von Abwasserbehandlungsanlagen ausgegeben wurden. Selbst die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ muß anerkennen: „Die örtlichen Behörden nehmen einen kompromißlosen Standpunkt für den Schutz des Baikalsees ein.“

Viele neuere Großbetriebe in den sozialistischen Ländern sind mit geschlossenen Wasserkreisläufen ausgestattet, zum Beispiel das Petrochemische Kombinat Schwedt. So ist eine Verschmutzung der offenen Gewässer und des Grundwassers fast vollständig ausgeschlossen. Bei anderen Betrieben, wie zum Beispiel im VEB Synthesewerk Schwarzheide in der DDR, ist die Qualität des Abwassers infolge modernster Kläreinrichtungen besser als die des vom Betrieb entnommenen Flußwassers. Die Bayer-AG Leverkusen dagegen, ein Betrieb mit ähnlicher Produktpalette, belastet den Rhein mit mehr Schadstoffen als die Städte Karlsruhe, Stuttgart, Heilbronn, Heidelberg, Mannheim, Würzburg, Frankfurt, Wiesbaden und Mainz zusammen.<sup>23</sup>

Der Grund für diese Fortschritte ist kein Geheimnis: Er liegt in der gesellschaftlichen Planung und Kontrolle der gesamten nationalen Entwicklung.

Wenn auch bei uns nicht mehr eine Handvoll Geldgiganten bestimmt und auf Kosten der Mehrheit des Volkes den eigenen Reichtum vermehrt, wenn bei uns die arbeitenden Menschen und ihre Gewerkschaften die Kontrolle des Arbeits- und Umweltschutzes in die Hand nehmen, wie heute schon in den sozialistischen Ländern, dann sind für Maßnahmen des Umweltschutzes die besten Voraussetzungen erreicht.



## IX. Gemeinsam handeln – gegen die Konzerne

Wenn die DKP sagt, daß nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung die Voraussetzung zur endgültigen Lösung aller Umweltprobleme bietet, so heißt das nicht, daß sie vorschlägt, die Bemühungen für den Umweltschutz auf die Zeit zu verschieben, in der der Sozialismus auch in der Bundesrepublik gesiegt haben wird. Der Umweltschutz ist bei uns zu einer Lebensfrage geworden, zu einem Problem, an dem jetzt und heute gearbeitet werden muß.

Die DKP schlägt vor, für Gesetze und Maßnahmen einzutreten, in denen klar zum Ausdruck kommt, daß die Besitzer der Großindustrie die Schuldigen für die Zerstörung der Umwelt sind, in denen eindeutig festgelegt wird, daß diese Schuldigen und nicht die arbeitende Bevölkerung die Lasten für die Beseitigung der Umweltschäden tragen müssen.

Die DKP verlangt Gesetze und Maßnahmen, die unter Einbeziehung der Initiative und Aktivität der Bevölkerung eine Barriere gegen die weitere Vergiftung und Schädigung der Umwelt durch die Profitsucht des Großkapitals darstellen.

Keine Forderung verwirklicht sich im Selbstlauf. Aber wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist es durchaus möglich,

durch das gemeinsame Handeln aller Betroffenen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, Erfolge auch für eine Verbesserung des Umweltschutzes zu erringen. Von der Aktivität der demokratischen Kräfte, vom gemeinsamen Handeln von Umweltschutzbürgerinitiativen und Arbeiterbewegung gegen die Hauptvergifter der Umwelt, die Herren der Großkonzerne und ihrer politischen Vertreter in den Bundestagsparteien, hängt ab, ob die Vergiftung unserer Umwelt weiter voranschreitet oder ob sie gestoppt werden kann.

Mit dem Schutz unserer Umwelt nehmen wir den Schutz unserer Zukunft in die eigenen Hände!

Arbeiten wir zusammen, handeln wir und erzwingen wir Abhilfe!

Die DKP ist bereit und entschlossen, auch in Zukunft ihren Beitrag zu leisten.



## Quellen und Hinweise

- 1 Umfrage der Zeitschrift „Umwelt“ vom Mai 1975, Herausgeber: Bundesminister des Innern, Rheindorfer Straße 198, 5300 Bonn.
- 2 Umfrage des Westdeutschen Rundfunks.
- 3 Ergebnisse der Untersuchung über die Zusammensetzung von Rhein- und Maaswasser, in 1973, Werkgruppe Wasserqualität der Rheinkommission Waterbigingbedrijven, Amsterdam.
- 4 Untersuchungen der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet („IAWR“).
- 5 Bundestagsdrucksache 7/5014 vom 9. 4. 1976, Umweltprobleme des Rheins, Abbildung 19, 20, 22.
- 6 Gutachten Umweltprobleme des Rheins, Seite 194. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn, 1974
- 7 Umweltgutachten 1978, Seite 87.
- 8 Materialienband zum Immissionsschutzbericht, Seite 14–21.
- 9 Kurzfassung des Umweltgutachtens 1978, Abschnitt 38.
- 10 Umwelt, Bonn 1977, S. 3.
- 11 Anzufordern beim Parteivorstand der DKP, Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf, Telefon (02 11) 48 10 01.
- 12 Umweltgutachten 1978, Abschnitt 785, 786.
- 13 Umweltgutachten 1978, Abschnitt 786.
- 14 Materialien zum Immissionsschutzbericht, Herausgeber: Umweltbundesamt, Erich Schmitt-Verlag, Berlin, Abschnitt 6.4.2.1.3.
- 15 Umweltgutachten 1978, Abschnitt 754.
- 16 Ausführliche Vorschläge zur Lösung des Fluglärmproblems und eine Untersuchung des Fluglärmgesetzes von 1971 hat die DKP mit ihrer Broschüre „Fluglärm – Argumente und Alternativen der DKP“ vorgelegt.
- 17 Lärmschutz, Tips, Informationen, Herausgeber: Bundesminister für Verkehr, Kennedyallee 72, 5300 Bonn 2, S. 10, und Umweltgutachten 1978, Abschnitt 818.
- 18 Vergleichende Bewertung der verschiedenen Schallschutzmaßnahmen-Bereiche in: Stadtverkehr und Umweltschutz, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, September 1977, Eigenverlag, S. 227–228.
- 19 GRS-Kurzinformationen, Herausgeber: Gesellschaft für Reaktorsicherheit, Köln, Nr. 14/1979, 28/1979, Sonderausgaben 1 und 2/1979, „Der Kemeny-Bericht“.
- 20 Siehe auch Vorschläge der DKP für ein demokratisches Gesundheitswesen.
- 21 „Spiegel“, Nr. 19/1979.
- 22 Meißner/Hödl: Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes, Berichte Nr. 3/1977, Umweltschutzamt Westberlin.
- 23 Gutachten Umweltprobleme des Rheins, Anhang.

